

# Wer ist liberaler?

Streitgespräch zwischen FDP-Präsident Philipp Müller und GLP-Präsident Martin Bäumle

Die FDP und die GLP nennen sich liberal. Als Richtschnur dienen liberale Prinzipien jedoch häufig nicht. Besonders unter Druck kommen sie in der Umwelt- und Migrationspolitik.

Mit dem Wort «liberal» im Namen gewinnen die Grünliberalen Wähler. Herr Müller, was macht die FDP falsch?

**Philipp Müller:** Das ist doch nur ein Label. Die GLP ist zurzeit in Mode. Beim Inhalt sieht es ganz anders aus. Ihre Partei, Herr Bäumle, ist überhaupt nicht liberal. Das zeigt sich zum Beispiel beim Stimmverhalten im Kanton Basel-Stadt, wo die GLP in 80 Prozent der Fälle gleich stimmt wie die SP. Die FDP ist dagegen in verschiedenen Ratings zur Liberalität ganz vorn.

**Martin Bäumle:** Die Ratings führen in die Irre. Sie bewerten Engagement im umweltpolitischen Bereich als links. Ich halte mich lieber an die Fakten. Bezüglich der Liberalität haben wir beide Schwächen. Stolz bin ich, dass wir nicht die wirtschaftsliberalste Kraft sind, denn für mich gibt es auch noch ökologische und soziale Rahmenbedingungen, die stimmen müssen. Wir haben kein Problem damit, in der Finanzpolitik mit FDP und SVP zu stimmen, aber im ökologischen Bereich mit Grünen und SP.

Herr Müller, hätte die FDP mit einer früheren Thematisierung der Umweltpolitik die GLP verhindern können?

**Müller:** Ökologie ist für die FDP nichts Neues. Wir haben aber unsere Ideen schlecht kommuniziert. Nun wollen wir unsere Umweltpolitik ausbauen. Das ermöglicht es, dass Herr Bäumle mit seiner Partei zu uns kommen könnte.

**Bäumle:** Die inhaltliche Realität spricht klar gegen einen Zusammenschluss. Es gibt so viele Differenzen in der Klima-

«Die FDP will ihre Umweltpolitik ausbauen. Herr Bäumle könnte zu uns wechseln.»

Philipp Müller  
Präsident FDP

Energie-, Raumplanungs-, Verkehrs- und Verlagerungspolitik oder bei Lenkungsabgaben. Die FDP blockiert fast alle Umwelthanliegen.

**Müller:** Das lasse ich so nicht gelten. Die FDP hat als erste Partei die Gebäudesanierungen thematisiert. In den von Ihnen erwähnten Bereichen sprechen Sie sich überall für massive staatliche Eingriffe aus. Wir dagegen sind gegen markige Sprüche, etwa beim CO<sub>2</sub>-Gesetz. Wir schauen lieber, was es ökologisch tatsächlich bringt.

Herr Müller, reicht ein bisschen Gebäudesanierung, um Wähler von der GLP zurückzugewinnen?

**Müller:** Nein. Wir gewinnen wieder, indem wir uns als Volkspartei positionieren. Wir greifen jene Themen auf, welche die Menschen beschäftigen. Zudem macht die FDP keine Klientelpolitik, die liberale Grundsätze verletzt. Wenn nötig, legen wir uns auch mit uns wohlgesinnten Verbänden an. Wir kämpfen für die Freiheit und wollen nicht als Partei wahrgenommen werden, die vom Finanzplatz gesteuert ist.

Und Sie, Herr Bäumle, wie überzeugen Sie künftig Freisinnige von der GLP?

**Bäumle:** Ganz einfach. Was Herr Müller will, machen wir schon. Wir definieren unsere Politik umfassend, nicht nur als Wirtschaftspartei. Das führt dazu, dass wir in gewissen Bereichen als weniger liberal wahrgenommen werden.

Herr Bäumle, Sie wollen die Mobilität einschränken. Was ist daran liberal?



Martin Bäumle (links) und Philipp Müller haben das Heu in der Umweltpolitik nicht auf der gleichen Bühne.

BILDER SIMON TANNER / NZZ

**Bäumle:** Heute geht die mobile Freiheit des einen Menschen zulasten eines anderen. Das ist für mich nicht liberal. Wenig liberal ist auch, dass die Mobilität ihre Kosten bei weitem nicht deckt. Die GLP ist kritisch beim Road-Pricing. Das greift zu kurz. Wir wollen ein flächen-deckendes Mobility-Pricing. Dieses umfasst den Privatverkehr und den öffentlichen Verkehr. Ziel ist die Kostenwahrheit bei allen Verkehrsträgern.

**Müller:** Sie wollen mit staatlichen Eingriffen im Verkehrsbereich eine ökologische Politik machen. Das geht zulasten der Wahlfreiheit zwischen Auto und Bahn, die Ihnen offenbar nicht viel wert ist. Mobility-Pricing, die Abrechnung jedes Meters im Auto oder Zug per Satellit, ist ein teures Bürokratiemonster. Das ist allenfalls Zukunftsmusik.

Sie beide sind alles andere als liberal, wenn es um die Zuwanderung geht.

**Müller:** Wir müssen die Grundsatzfrage beantworten, wie viel Bevölkerungswachstum dieses Land künftig aushalten kann. Immer mehr Menschen fragen sich, was sie von der wachsenden Wirtschaft haben, wenn das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf mehr oder weniger gleich bleibt. Unser Ziel ist eine bessere Lebensqualität, und wir wollen, dass die Bürger Ende Monat mehr Geld im Portemonnaie haben. Ich gebe zu: FDP und GLP sind hier gefordert. Es ginge darum, gewisse Tabus zu brechen.

Ein FDP-Präsident, der gegen Wirtschaftswachstum ist?

**Müller:** Nein, die Frage ist aber, wo und wie wir wachsen. Drei Autos für jeden ist keine Perspektive. Wir brauchen ein qualitatives Wachstum. Hier findet ein Umdenken statt. Allerdings soll mir jemand erklären, wie wir den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und den Umbau der Energieversorgung ohne Wachstum finanzieren sollen.

**Bäumle:** Ich bin einverstanden mit Ihnen. Deshalb setzt unsere Volksinitiative, die die Energie besteuern und im Gegenzug die Mehrwertsteuer abschaffen will, genau bei der Wertschöpfungskette an. Wir belasten die nichterneuerbaren Energien und entlasten den Mehrwert. Wir haben im Gegensatz zur FDP ein konkretes Konzept.

Das klingt alles noch sehr vage und unausgegoren.

**Müller:** Wir stehen zur Personenfreizügigkeit. Aber jedes Jahr wächst die Schweiz um die Stadt Winterthur. Ungefähr ein Drittel der Zuwanderer kommt aus Drittstaaten. Das sind über 40 000 Menschen jährlich. Über die Hälfte ist Familiennachzug. Für Arbeit kommen nur 10 Prozent. Das heisst: Wir haben aus Drittstaaten eine enorme Einwanderung, die wieder so hoch ist wie vor der Personenfreizügigkeit mit der EU. Und diese Einwanderung trägt kaum zum Wachstum pro Kopf bei.

Und darum werfen Sie liberale Grundsätze über Bord und fangen an, bei der Zuwanderung zu «sortieren»?

«Wir wollen ein flächen-deckendes Mobility-Pricing. Das Ziel ist die Kostenwahrheit.»

Martin Bäumle  
Präsident GLP

**Bäumle:** Zuwanderung zu beschränken, ist an sich nicht liberal. Aber wir können nicht jeden, dem es auf dieser Welt schlechter geht, in der Schweiz aufnehmen. Die GLP sieht die Zuwanderung als Herausforderung und hat keine Patentrezepte. Wir setzen den Hebel eher beim Pro-Kopf-Konsum an, der kontinuierlich zu senken ist. Stichworte sind die 2000-Watt-Gesellschaft, verdichtetes Bauen, Mobility-Pricing und eine Energiesteuer statt der Mehrwertsteuer.

**Müller:** Ihre Rezepte genügen nicht, wenn das Bevölkerungswachstum so weitergeht. Liberal hiesse, Einwanderung und Auswanderung im Auge zu behalten. Bleiben kann, wer Arbeit hat. Ist der Job weg, müsste die Person das Land wieder verlassen. Eine solche Regel ist aber unrealistisch und mit der Freizügigkeit nicht vereinbar. Diese wiederum ist der Schlüssel für die bilateralen Verträge mit der EU.

**Bäumle:** Eben, und echt liberal würde auch volle Eigenverantwortung heissen, hiesse, dass man in diesem Land nicht automatisch von Sozialwerken oder Krankenwesen profitieren könnte, nur weil man hier ist.

Herr Bäumle, wie hält es die GLP mit der freien Schulwahl?

**Bäumle:** Das ist in der GLP umstritten. Wie übrigens auch in der FDP.

Sie sind auch gegen die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten.

**Bäumle:** Eine pragmatische Liberalisierung finden wir gut, aber sie darf sich nicht auf Tankstellenshops beschränken.

**Müller:** Tatsache ist, dass die GLP uns bei der generellen Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten im Stich lässt.

Herr Müller, was halten Sie von einer ökologischen Steuerreform?

**Müller:** Das Problem ist, dass sich eine ökologische Steuer selber abschafft, wenn sie erfolgreich ist.

**Bäumle:** Das stimmt nicht. Die Abwasserreinigung, die früher aus Steuermitteln finanziert wurde, belegt das Gegenteil. Auch heute produzieren wir noch Abwasser. Energie wird immer konsumiert werden. Ihre Besteuerung wird viel zur Effizienzsteigerung beitragen. Es ist sehr liberal, die Energiewirtschaft, die heute keine Verantwortung für die Folgekosten der Energieproduktion übernimmt, zu belasten.

**Müller:** Ihr Beispiel mit dem Abwasser taugt nicht. Wir reden hier von einer Energiesteuer, die ein anderes Steuersubstrat ersetzt. Wenn durch die Energiesteuer tatsächlich Energie eingespart wird, dann muss man ja, will man das Steuersubstrat erhalten, diese Steuer zwangsläufig immer wieder erhöhen.

**Bäumle:** Richtig. Deshalb bliebe Energieeffizienz ökonomisch attraktiv, und der sogenannte Rebound-Effekt würde weitgehend ausgeschaltet.

Theoretisch wäre eine ökologische Steuerreform ja ein Gebiet, wo Sie zusammenspannen könnten. Doch das scheint nicht der Fall zu sein. Herr Bäumle, wie steht es denn nun um die Mitte-Holding?

**Bäumle:** Was CVP und BDP machen, war im Kern mein Ansatz. Jetzt ohne Mitsprache in ein fixes Konstrukt einzutreten, wird schwierig. In der Mitte ergeben primär sachpolitische Absprachen einen Sinn. Eine stärkere institutionalisierte Zusammenarbeit wäre für die GLP nur sinnvoll, wenn sich FDP, GLP, BDP und CVP an einen Tisch setzten.

**Müller:** Zusammenarbeit in Sachfragen ist gut. Wir werden unsere Partei aber nicht in einem Gemischtwarenladen von Parteien aufgeben. 50 Prozent der GLP-Wähler stehen links der Mitte. Wir stehen rechts der Mitte. Ich muss jeder Form einer institutionalisierten Kooperation eine Absage erteilen.

Interview: Michael Schoenenberger